



## Wir bezahlen jetzt für falsche Regulierung im Gesundheitswesen

Sehr einfache Mittel ersannen die Bundespolitiker, um die Krankenkassenprämien zu bremsen: 1998 würgten sie die Zahl der Medizinstudenten ab, und 2002 verboten sie neue Arztpraxen. Keine Ärzte, keine Kosten, lautete der einfach gestrickte Schluss. Doch heute explodieren die Prämien erneut – und es gibt zu wenig Ärzte.

von Beat Kappeler\*

Die Einschränkung zum Medizinstudium, den Numerus clausus, verlangte die hochtrabende Schweizerische Hochschulkonferenz 1997 «unverzüglich» – und schon 1998 war sie Wirklichkeit. Bundesrätin Ruth Dreifuss war dagegen. Aber sie unterlag der versammelten Wissenschaftsprominenz. Heute muss man den Ärztemangel und den massiven Rückgriff auf ausländische Ärzte als Regulierungspfusch dieser Kreise bezeichnen.

### Abschaffung eines Grundrechts

Falls es dann doch noch Studenten durch diese engen Maschen an die Universitäten schaffen, sollte die zweite Sperre eintreten – der Zulassungsstopp für neue Arztpraxen. Im Jahr 2000 gab das Parlament dem Bundesrat den Auftrag, diese Sperre vorzusehen. Dass damit eines der verfassungsmässigen Grundrechte, nämlich die Berufsausübung, für eine ganze Kategorie von Personen abgeschafft wurde, störte kaum. Angesichts des unguuten Gefühls in der Sache aber schworen alle Fraktionen, dass sie bei der nächsten Gelegenheit den Vertragszwang der Krankenkassen aufheben würden. Dies wäre tatsächlich die echte Reform. Dann nämlich können

die Kassen jene wenigen Ärzte und Spitäler ausschliessen, die übertreiben, und damit die vielen anderen zur Sparsamkeit anhalten.

Das Gesetz aber, welches den Vertragszwang deutlich eingeschränkt hätte, lehnten sie 2003 ab. Der «längstens aber bis zum 3. Juli 2005» beschränkte Zulassungsstopp für Ärzte dauert deshalb an – ein neuer Wortbruch, den man in dieser Formulierung in der Verordnung nachlesen kann.

### Unerfreuliche Schlüsse

Diese unerhörten Fehlplanungen des Numerus clausus und des Zulassungsstopps zwingen zu unerfreulichen Schlüssen. Das Parlament ist nicht in der Lage, einhellig versprochene Ziele, hier die Aufhebung des Vertragszwangs, zu beschliessen. Es hat kein Programm, keine Fraktionsdisziplin. Seine Angst vor einem Referendum der Ärzte ist keine Entschuldigung, denn deren Verband FMH zeigte damals Kompromissbereitschaft. Sodann merkt das Parlament zehn Jahre nach der IDAFiSo-Studie (Interdepartementale Arbeitsgruppe Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen) noch nicht, dass ohne Reform die Gesundheit so viel mehr kosten wird wie alle anderen Sozialversicherungen zusammen.

Weiter muss man schliessen, dass der schweizerischen Politik die Schnellschüsse zwar gelingen, aber immer nur in der Not und mit hohen wirtschaftlichen Kosten. Zu raschen und richtigen Entschlüssen fehlen Kenntnis, Energie und Mut. Parallel zu den zwei hier kritisierten Entscheiden wurden der Fluggesellschaft Swiss innert Tagen zwei Milliarden Franken nachgeworfen, obwohl damals die ganze British Airways für eine halbe Milliarde an der Börse zu haben gewesen wäre. Oder das Bankgeheimnis wurde innert weniger Wochen zu spät, aber dann überstürzt geschlachtet, was bisherige Anleger zutiefst vergrault hat.

### Das Problem wird verschärft – nicht gelöst

Anhand der Hauruck-Entscheidung gegen Medizinstudenten und Praxen kann konkret gezeigt werden, dass die immer hastigeren und immer engeren Regulierungen im Gesundheitsmarkt das Problem verschärfen, nicht lösen. Leider fehlt bei den Politikern und ihren Ersatzregulatoren wie den Hochschulgremien die Sanktion. Viele rufen nach der Bestrafung der Banker. Aber es gibt Vorschläge von Politologen, die Politiker nach verletzten Wahlversprechen mit Mandatsverlust oder Haftungsbussen zu bestrafen. Die Pfuscher in der Gesundheitspolitik verzehren hingegen heute grossenteils ihre Pension. Alle anderen Zurückgelassenen kommen für die enorm steigenden Prämien auf.

\*Beat Kappeler ist Kommentator der «NZZ am Sonntag».